

## Politik, neu entdeckt

*Erstmals seit Jahrzehnten treten mehr Deutsche in Parteien ein als aus – vor allem junge Menschen. HENNING SUSSEBACH ist durchs Land gereist und hat die Neumitglieder gefragt: Was ist so faszinierend an Ortsvereinssitzungen und Haustürwahlkampf?*

Von Henning Sußebach, DIE ZEIT Nr. 13 / 23.03.2017

Daniel Kurth hat zuletzt oft gehört, die Demokratie sei ein Geschenk. Ihn aber kostet sie auch einiges, vor allem Zeit. Es ist 8.15 Uhr, ein Montagmorgen in Eberswalde-Finow, als Kurth pünktlich in sein Wahlkreisbüro stürmt und doch schon spät dran ist – was daran liegt, dass Kurth, 43, klein, bärtig und Sozialdemokrat seit 20 Jahren, gar nicht so viel Zeit haben kann, wie er haben müsste als Landtagsabgeordneter, Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Barnim, Stadtverordneter für Eberswalde, Aufsichtsrat der kommunalen Technischen Werke, dazu noch ... aber wie gesagt: keine Zeit, denn soeben hat Kurth den Rucksack abgeworfen, das Sakko abgelegt und seiner Assistentin zugerufen: »Steffi, lass uns Lage machen!«

Und dann machen in einem Parteibüro in einer brandenburgischen Provinzstadt ein Politiker und seine Mitarbeiterin »Lage«, beugen sich über einen knallvollen Wochenkalender, auf dem sich die Ausstellungseröffnung Foyer LT mit einem THW-Gespräch schneidet und der Besuch Feuerweherschule mit einem Richterwahlausschuss. Daniel Kurth sagt: »Puh.« Dann: »Und Sonnabend hat auch noch mein Schwiegervater Geburtstag.« Schließlich greift er Sakko und Rucksack, die er eben erst abgelegt hat, läuft zu seinem Passat draußen vor der Tür und bricht auf in eine Woche mit 33 Terminen, all dem politischen Klein-Klein, das nicht groß genug ist für die Tagesschau und doch erledigt werden muss.

So beginnt im Auto des Landtagsabgeordneten Kurth eine Reise in die deutsche Politik, Stand März 2017, womöglich zu Beginn einer Zeitenwende. Kurth wartet auf ein Paket aus Berlin, 10 000 Werbeflyer, darauf ein lächelnder Martin Schulz und der Satz: Dafür trete ich ein.

Draußen wischen Dörfer vorbei, drinnen sitzt Kurth, der in den vergangenen Jahren oft das Gefühl hatte, durch ein Land zu hetzen, in dem er und sein Auto eine der letzten politischen Bewegungen darstellten. Seine Stadt zum Beispiel: 40 000 Einwohner, 75 SPD-Mitglieder. Rechnet Kurth die Alten raus, bleiben 30 übrig, die Bierbänke tragen, Plakate kleben und all die Beiräte und Ausschüsse besuchen können, die jede deutsche Gemeinde am Laufen halten: Seniorenbeirat, Kulturbeirat, Sanierungsbeirat, Polizeibeirat. Nach zwei Todesfällen ist bei der Linkspartei im Ort die Nachrückerliste leergestorben. Die lokale CDU, sagt Kurth, verrate das Durchschnittsalter ihrer Mitglieder schon nicht mehr.

»Wen ich auch gefragt habe, ob er mitmachen will: Jeder meinte, er hat keine Zeit«, sagt Kurth, der auch keine Zeit hat, vor einigen Tagen trotzdem noch Vorsitzender des Handballvereins geworden ist, Opfer seiner eigenen Opferbereitschaft. Andauernd hört er: »Daniel, du bist der Einzige, der das kann.« Seine Frau war sauer. Seine Kinder malen ihn nicht als Vater im Garten, sondern als Mann im Auto.

Bis vor wenigen Monaten wäre diese Geschichte weiter Daniel Kurth gefolgt, hätte sich mit ihm auf die Autobahn 10 in Richtung Potsdam eingefädelt und wäre so bei einem Mann geblieben, fast schon einsam in seinem Einsatz fürs Gemeinwohl. Wenn andere Männer in seinem Parteibezirk zum Triathlon antraten, sicherte er die Strecke. Wenn seine Freunde ihre Frauen ins Restaurant ausführten, hing er in Landtagsdebatten zur Familienpolitik fest.

Doch plötzlich geht die Geschichte anders. Die alten Parteien werden neu entdeckt, Menschen wollen sich engagieren. Wie Daniel Kurth, der nicht müde wird, sich einzumischen. Der Politik macht, weil sie für ihn die Welt zusammenhält.

Den Nachrichten über Trump und Erdoğan, den Brexit und die AfD, über den Aufstieg von Autokraten und Nationalisten folgen neuerdings Meldungen von der Gegenseite. Da, wo Rechtspopulisten ignorante Eliten in trägen Systemparteien ausgemacht haben, ist Erstaunliches zu beobachten: Was eben noch veraltet schien, ist jetzt Avantgarde. Seit der Bekanntgabe von Martin Schulz' Kanzlerkandidatur Anfang 2017 hat die SPD 13 000 Neueintritte gezählt. Erstmals seit Jahren hat die FDP 2016

mehr Mitglieder gewonnen als verloren. Und die Grünen haben so viele Mitglieder wie nie.

Etwas ist in Bewegung geraten, in fast allen Winkeln der Republik. Deshalb führt diese Reise von Brandenburg weiter nach Sachsen und Schleswig-Holstein, nach Berlin, ins Saarland, nach Bayern. Durch fünf Parteien, vom kleinen Ortsverein bis hinauf ins Präsidium des Bundestages, zu einer Wahlkampfschulung und in ein Bierzelt – zu vielen Menschen an vielen Orten, weil Demokratie von vielen lebt. Im Laufe der Reise werden Sätze fallen, die Daniel Kurth in seinem Auto glücklich machen dürften:

»Nur Nachrichten gucken und eine Meinung haben – das reicht nicht mehr.«

»Großes beginnt meistens im Kleinen.«

»Mich nervt dieses Dienstleistungsverhältnis zum Staat.«

»Wir leben in einer Meckerkultur. Aber um sich aufregen zu können, muss man Ahnung haben. Wer keine Ahnung hat, der plappert nur.«

Nico Brachtel war 15, als die Politik vor zwei Jahren wie eine Naturgewalt über sein Leben hereinbrach. Brachtel berichtet davon an einem Freitagmittag nach Schulschluss. Seine Klassenkameraden strömen wochenendvergnügt aus dem Gymnasium nach Hause, verteilen sich in Nebengassen. Brachtel, ein schmaler, blasser Kerl mit Jeans und Kapuzenpulli, läuft die Hauptstraße entlang. Er will »noch gucken, ob Post da ist«. Im Büro der Linkspartei in Freital, Sachsen.

Freital ist eine kleine Stadt nahe Dresden. Und seit einiger Zeit auch ein Synonym für Rassismus. Bei Wikipedia findet sich ein Eintrag namens »Fremdenfeindliche Proteste in Freital«, der fast so lang ist wie der Eintrag über Freital selbst. Nico Brachtels Politisierung ist eng mit den Ereignissen in dieser Stadt verwoben. Das konnte er nicht ahnen, als seine Mutter, eine Kellnerin, Ende 2014 bei Facebook auf einen Fotocomic stieß.

Auf dem Bild fragte ein Kind seinen Vater: »Papa, warum gibt es bei Star Trek keine Moslems?« – »Weil Star Trek in der Zukunft spielt, mein Sohn.«

# ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Unter dem Comic sammelten sich Likes, aber Nico Brachtel und seine Mutter konnten nicht lachen. Sie schrieben einen kritischen Kommentar, dann gingen sie offline. Als sie das nächste Mal online waren, lasen sie, dass sie »Untermenschen« mit »Scheiße im Hirn« seien. Was wie das Ende einer Geschichte klingt, war erst der Anfang. Als in Freital ein leer stehendes Hotel zur Flüchtlingsunterkunft wird, belagern bis zu 1500 teils rechtsextreme Demonstranten das Gebäude, wochenlang, monatelang. Der halbe Ort, so scheint es, feiert ein Happening des Hasses. Steine und Feuerwerkskörper fliegen, Brachtels Mutter bringt den Eingeschlossenen Kuchen und organisiert Sprachkurse. Brachtel versucht, die vom Pöbel am Zaun verängstigten Kinder abzulenken, spielt mit ihnen Fußball hinterm Haus, baut ein Planschbecken auf, wird gesehen und beschimpft, traut sich nachts nicht mehr auf die Straße, und wenn doch, huscht er auf Umwegen durch die eigene Stadt, in der eine rechte Bürgerwehr patrouilliert, der Briefkasten der Mutter brennt, Asylbewerber niedergeknüppelt werden und das Auto eines Stadtrats explodiert. Am Ende muss die GSG 9 anrücken.

Im Hier und Jetzt, im Freital des Jahres 2017, kramt Nico Brachtel einen Schlüssel aus seiner Hosentasche, schließt das parteirot gestrichene Büro der Linken auf, zeigt auf die fleckige Fassade und sagt: »Vom letzten Farbbeutel-Anschlag.« Jeden Montag sieht Brachtel Grundschulfreunde zum Bahnhof ziehen, unterwegs nach Dresden, zu Pegida. Seine Mutter ist in Berlin mit einem Preis für Zivilcourage ausgezeichnet worden, die Kanzlerin war da, was die Sache verkomplizierte. »Seitdem hat es in unserer Verwandtschaft kein Familientreffen mehr gegeben«, sagt Brachtel.

An diesem Freitagmittag ist keine Post gekommen, Brachtel muss nichts lesen, nichts beantworten, nichts abheften. Er ist jetzt 17, so jung wie das Jahrhundert, in dem noch viel geschehen wird, auch ihm. Bald macht er Abitur, in seinem Jahrgang ist er das einzige Parteimitglied. Den Linken schloss er sich an, weil sie da waren, als er sich allein fühlte. Ein Schüler in einer Partei, deren Mitglieder im Schnitt 59 Jahre alt sind. Inzwischen stört ihn der Opportunismus von Sahra Wagenknecht, außerdem ist ihm in der Partei »zu viel DDR übrig«. Nico Brachtel weiß noch nicht, was er mit seinem Leben machen wird und sein Leben mit ihm. Er will weg aus Freital, in eine größere Stadt, an eine Universität. Möglich, dass er einmal bei den Grünen landet oder

in der SPD. Auch Angela Merkel bewundert er: »Dafür, durch was die alles alleine gehen musste, ohne ihre Partei im Hintergrund.« In die Stille des Büros sagt Nico Brachtel: »Vielleicht bleibe ich auch bei den Linken. Ich weiß es nicht. Ich weiß bloß, dass ich auch in 20 Jahren in einer Partei sein werde. Nur Nachrichten gucken und eine Meinung haben – das reicht nicht mehr.«

Fünfhundert Kilometer nordwestlich von Freital, eine andere Stadt, eine andere Partei, ein anderes Leben: In Wedel, Schleswig-Holstein, unweit der Elbe, hat der FDP-Kreisverband zum Frühjahrsempfang in die Aula einer abendleeren Schule geladen. Der Parteivorsitzende Christian Lindner wird sprechen, auf den Tischen Grissini und gelbe Primeln, Plaudergruppen auf Platzsuche, viel Hanseatenblau, viele silberhaarige Männer, die Frauen auffallend oft im Kleid, so auch Nina Schilling, 35, seit vier Wochen in der Partei.

An einem Tisch ganz außen, wie auf einem Beobachtungsposten, flüstert sie ihre Geschichte herunter: Sie ist ein Kind dieser Stadt, machte Abitur in Wedel, studierte Literatur- und Medienwissenschaften, arbeitete als PR-Fachfrau in einem Hamburger Unternehmen, wurde Mutter, betreute freiberuflich Facebook-Seiten einiger Firmen, begann sich zu langweilen, half im Frauenhaus, während andere junge Mütter, die sie kennenlernte, zu Hause hockten und über schlechte Spielplätze und hohe Kita-Gebühren nölten. Eigentlich über alles. Nina Schilling störte schon länger, dass ein Ton über dem Land lag, der in ihren Augen nicht zu den Tatsachen passte, etwas Anklagendes, das oft nur von Ahnungslosigkeit unterfüttert war. »Wir leben in einer Meckerkultur«, sagt sie. »Aber um sich aufregen zu können, muss man Ahnung haben. Wer keine Ahnung hat, der plappert nur.«

Nina Schilling aus Wedel kennt Nico Brachtel in Freital nicht, ihre Biografien werden sich vermutlich nie schneiden. Aber die beiden bewegen sich aufeinander zu, aus entgegengesetzten Richtungen: Nina Schilling aus einer saturierten Welt, Nico Brachtel aus einer Stadt im Notstand. Zwei Menschen, die unwissentlich eine Entscheidung eint.

Vorn in der Aula spricht der FDP-Vorsitzende Lindner über die nahe Landtags- und die nicht allzu ferne Bundestagswahl, über eine politische Kultur, »die verroht und verprollt. Wir dürfen uns nicht der Hoffnung hingeben, diese Probleme würden

irgendwie verdunsten«, ruft er. »In diesem Jahr geht's um so viel, dass niemand an der Seite stehen kann!« In die folgende rhetorische Pause hinein beklatscht die Liberale Nina Schilling Sätze, die exakt auch die Motivation des Linken Nico Brachtel in Worte gefasst haben.

Wie misst man Politisierung? Und wie politische Teilhabe? In dieser Sache ist diese Reportage parteiisch.

Ganz gleich, welchen Indikator man nimmt, Deutschland ist politisiert wie lange nicht mehr: Das Netz ist voller Hasskommentare. Dresdens Oberbürgermeister steht nach Morddrohungen unter Polizeischutz. Lokalpolitiker in Bocholt und Tröglitz legten aus Angst ihre Ämter nieder. Familien zerstreiten sich über die Flüchtlingsfrage. An Universitäten kommt es zu Tumulten wie in den siebziger Jahren – jetzt, wenn Redner der AfD auftreten. Es ist die Zeit der Zuspitzung, auf Demonstration folgt Gegendemonstration, auf Rede folgt Gegenrede.

Man kann das als Krise begreifen, aber es ist eine Krise, die einen Kollateralnutzen hat: Die Deutschen werden sich wieder des ausgleichenden, verbindlichen Wesens der etablierten Parteien bewusst. Es hat etwas zu bedeuten, wenn jemand wie Nico Brachtel, der junge Mann aus Freital, Zuflucht bei einer klassischen Institution der Zivilgesellschaft sucht. Wenn Nina Schilling, die junge Frau aus Wedel, das Gefühl hat, mit dem Eintritt in eine Partei den Schritt vom Meinen zum Machen zu tun. Denn Parteien sind ein Sammelbecken für Optimisten, die sich und der Welt etwas zutrauen.

Zwar leitet sich der Name Partei von pars her, lateinisch für »Teil«, aber eben Teil eines großen Ganzen. Dieses große Ganze war lange eine Selbstverständlichkeit, so stabil, dass es selbstgefällig wurde, so eingefahren, dass dem Begriff »Partei« fast nur noch negative Suffixe anhängen: -proporz, -soldat, -spendenskandal.

Wie gestrig, wie veraltet die vermeintlichen Altparteien tatsächlich bis vor Kurzem noch wirkten, ist in Berlin zu spüren, Otto-Suhr-Institut, erster Stock. Dort sitzt am Ende eines langen Flures, wie vergessen im hintersten Büro, Oskar Niedermayer und sagt: »Ich würde Ihnen ja gern einen Kaffee anbieten, aber ich habe nur eine Tasse.«

Das Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin im Stadtteil Dahlem ist seit der Studentenrevolte ein fast mythischer Ort, an dem sich Rebellenromantik und Karrierestreben aufs Engste vermischt haben. Hier studierten Otto Schily und Walter Momper, Gesine Schwan und Arend Oetker. In der Bibliothek im Erdgeschoss steht in Leinen und Leder gebundene Demokratiegeschichte, die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1961–1968, die Mitschrift vom SPD-Parteitag Münster 1988, die Verträge der Bundesrepublik Deutschland in 74 Bänden. Ein Stockwerk darüber sitzt Niedermayer, ein ergrauter Professor von 64 Jahren mit nur einer Kaffeetasche. Er hat lange Zeit wenig Besuch bekommen.

Seit Anfang der Neunziger erforscht Niedermayer die Mitgliederentwicklung bei den bundesdeutschen Parteien. Eintritte, Austritte, Todesfälle, Durchschnittsalter, Geschlechterverteilung. Niedermayers Grafiken beginnen 1990. Sie erinnern an ein erodierendes Gebirge. Seit Niedermayer mit dem Zählen begann, hat die CDU nur ein einziges Mal Mitglieder hinzugewonnen, im Jahr nach der Abwahl Helmut Kohls als Bundeskanzler. Bei der SPD ging es durchweg bergab, jedes Jahr. Nie hatte der Professor Neues zu verkünden. Auf einmal treten lauter junge Leute ein, viele Frauen. Andauernd rufen Journalisten bei Niedermayer an »und fragen nach dem Trump-Effekt, dem Schulz-Effekt«. Es melden sich sogar die Parteifunktionäre, von denen er seine Zahlen bekommt. »Die wollen wissen: Wo stehen wir im Vergleich zu den anderen?«

Niedermayer ist niemand, der zu Überschwang neigt. Wäre er ein Seismologe, sagt er, würde er kein Erdbeben melden, »eher ein Zittern«. Eines sei aber völlig neu: Früher speisten sich Parteien aus Milieus. Arbeiter sahen sich am besten von der SPD vertreten, Katholiken fühlten sich in der CDU geborgen, Mittelständler schlossen sich der FDP an. »Normative Gründe« mischten sich mit »materieller Motivation«, weil es oft um Verteilungskämpfe ging – ausgetragen im Streit um Steuersätze, Wochenarbeitszeiten und Kündigungsschutzgesetze. Die Neuen jetzt, sagt Niedermayer, interessieren all das nicht; sie seien moralisch motiviert: »Die wollen die Welt retten vor Trump, sitzen dann aber in einem Ortsverband, in dem über die Abwasserzweckverbandsabgabe debattiert wird. Man muss sehen, ob das gut geht.«

Ob das gut geht? Mit Bus und U-Bahn braucht man eine knappe Stunde von Berlin-Dahlem in den Stadtteil Prenzlauer Berg. Dort sagt in einem Café, in dem es Frühstück bis in den Abend gibt, ein Mann: »Das geht gut.« Sein Name ist Christopher Lauer.

Prenzlauer Berg und Christopher Lauer, das bedeutet doppelte Klischee-Gefahr. Der Prenzlauer Berg wäre schnell beschrieben als Hochburg des sorgsam gepflegten Individualismus und der unverbindlichen Ironie. Und Lauer, 32, dicke schwarze Brille, distinguiert gekleidet mit Schiebermütze und kariertem Sakko, mit dem Begriff »schillernde Figur«.

Lauer ist neu in der Politik und zugleich etabliert. Er saß fünf Jahre im Berliner Abgeordnetenhaus, anfangs für die Piraten, diesen Haufen, der aus Enthusiasmus ins Chaos kippte. Im Herbst 2014 trat Lauer aus, im September vorigen Jahres in die SPD ein. »Noch vor Schulz.« Das ist ihm wichtig.

Als Mitglied der »SPD-Abteilung 11 / Mauerpark« hält Lauer im Café ein vehementes Plädoyer für das Prinzip Volkspartei – und damit für die Auseinandersetzung mit der Abwasserzweckverbandsabgabe, die bei ihm unter dem Synonym »Hundeleinenpflicht« läuft. Er könnte zwar manchmal »kotzen im Strahl«, wenn sich während einer Sitzung Debatten endlos im Kreis drehen, sagt Lauer. »Aber das ist doch die große kulturhistorische Leistung der meisten Parteien: sich aller Themen anzunehmen und die widerstreitenden Interessen der ganzen Gesellschaft abzubilden.« Politik sei heute »schwer zu optimieren und leicht zu verkacken. Wir können ja nicht noch mal die Sklaverei abschaffen. Also geht es um Hundeleinenpflicht.«

Viele seiner Freunde, sagt Lauer, hielten sich für politisch, weil sie zeitkritische Kinofilme gucken oder die Fernsehserie House of Cards verfolgen. »Manchmal fragen die mich: Christopher, warum kriegt ihr Politiker das mit dem Berliner Flughafen nicht hin? Da denke ich: Leute! Mich nervt dieses Dienstleistungsverhältnis zum Staat. Ihr verfügt über Geld und über genügend Zeit, um zu überlegen, welchen Weber-Grill ihr demnächst kauft, ihr seid überdurchschnittlich intelligent – aber bleibt wohlstandsverwahrlost in eurer Komfortzone und bringt euch nicht in den politischen Prozess ein.«

# ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Einige in der Stadt sehen in Lauer eine selbstverliebte Rampensau, andere einen rhetorisch hochbegabten Politiker. Neulich twitterte er: »Eine Lichterkette noch, dann ist der Klimawandel besiegt!« Er hält nicht viel von Menschen, die nur demonstrieren. Auch nicht von Bürgerinitiativen und Graswurzelbewegungen, von deren Kämpfen für Fahrradwege oder gegen Freihandelsabkommen. In diesen Gruppen seien sich alle wohlighig einig im kompromisslosen Ablehnen oder Befürworten von irgendetwas.

Die gravitatischen Sätze auf den ersten Seiten der Parteiprogramme dagegen! Vergewisserung nach innen und Werbung nach außen. Wort gewordene Resultate endloser Debatten, unterschiedlicher Weltbilder und Zigtausender Lebenserfahrungen – man solle sie mal wieder lesen. Also:

»Die Zukunft ist offen – voll neuer Möglichkeiten, aber voller Gefahren. Deshalb müssen Fortschritt und soziale Gerechtigkeit demokratisch erkämpft werden.« (SPD)

»In einer sich ändernden Welt bleibt es unser Auftrag, Werte und Wirklichkeit zusammen zu denken und entsprechend zu handeln.« (CDU)

»Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch mit seiner Würde und seiner Freiheit.« (Grüne)

»Jeder Mensch soll faire Chancen haben, sich gemäß der eigenen Talente und Ideen zu entfalten, von eigener Arbeit zu leben und nach eigener Façon glücklich zu werden.« (FDP)

Beim landtagserfahrenen Lauer ist schwer zu trennen, wann das Neumitglied der SPD spricht und wann der Politprofi, der in seiner neuen Partei sicher wieder etwas werden will. Es kann beseelt sein oder berechnend, wenn Lauer sagt: »Wenn auf einem Landesparteitag jemand für unglaubliche 80 Jahre Mitgliedschaft geehrt wird, der ganze Saal aufsteht und der alte Mann vorne berichtet, er habe sein Parteibuch erst vor den Nazis und dann vor den Kommunisten versteckt, es zweimal im Garten vergraben, dann spüre ich Verantwortung. Das klingt pathetisch, aber ich finde Pathos nicht schlecht.«

In Sachsen hatte Nico Brachtel erzählt, er sitze für die Linke jetzt donnerstagabends im Technischen Ausschuss der Stadt. Straßenbauarbeiten,

Kreisverkehre, Luftbilddauswertung. Manchmal kommt er »mit einem Apfelsaftbauch« nach Hause. In der Schule hat er ein Referat zum Thema Flächennutzungspläne gehalten.

In Schleswig-Holstein hatte Nina Schilling berichtet, dass sie den Rentnern in der FDP gerade Facebook und WhatsApp erkläre – und die Rentner ihr die Mechanik der Kommunalpolitik.

Überall im Land ruckeln sich Tausende Menschen in ihren neuen Parteien zurecht wie in einem Kleidungsstück, das nicht recht passt, weil es nicht maßgeschneidert ist, gar nicht sein kann. Es mag der Enthusiasmus einer Einsteigerin sein, aber Nina Schilling ist genau davon fasziniert: sich im Zeitalter andauernder Selbstoptimierung beim Sport, beim Essen, beim Schlafen, Lieben und Leben auf eine Partei festzulegen, deren Programm sich nie komplett mit den eigenen Interessen und Werten deckt – und in der sich das Ich mit einem größeren Wir abgleichen muss. Nina Schilling begegnet Menschen, denen sie sonst nie begegnet wäre, und redet über Themen, über die sie sonst nie geredet hätte. Sie sieht Dinge, die sie vorher nicht sah, und hört von Angelegenheiten, von denen sie vorher nichts hörte. Wenn sie durch ihre eigene Stadt läuft, kommt es ihr vor, als seien ihre Sinne geschärft.

Ihr Parteivorsitzender war längst gegangen, da stieg Nina Schilling auf die leere Bühne der Schule in Wedel, um ein Selfie von sich in den Kulissen der Politik zu machen. Ein Symbol der Selbstermächtigung, für die Bebilderung dieser Reportage. Nina Schilling hatte lange überlegt: sie, eine Einzelne, ein Neumitglied, als FDP? Nein. Also bat sie den Vorsitzenden des Ortsvereins zu sich herauf, einen 76-Jährigen mit Einstecktuch. Erst dann hob sie ihr Handy und löste aus.

Samstagmorgen in Saarlouis, der Himmel trägt schwer an grauen Wolken. Auf dem Großen Markt haben Imker, Bäcker, Bauern und Blumenhändler ihre Stände aufgebaut. In allen Dialogfetzen Kochlust, Genussglück, Wochenendfreude.

»Ach, die Dagmar! Heute Huhn?«

»Bei uns gibt's Spinat.«

»Wir fahren gleich noch weg.«

# ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Etwas abseits der Marktstände, wie nicht ganz zugehörig, haben Linke, Grüne, FDP und CDU ihre Tische aufgeklappt und Schirme aufgespannt. Unter Unions-Orange steht Kia Kirchen, 21, die Füße gewärmt von zwei Paar Socken, der Hals von einem dicken Schal. Sie rafft Kugelschreiber, Postkarten und Flyer mit »6 guten Gründen, CDU zu wählen«, zusammen, dann tritt sie in den Strom der Passanten und sagt in den folgenden zwei Stunden immer wieder diesen Satz: »Guten Morgen, ich würd Ihnen gern ein paar Wahlinformationen mitgeben.«

»Nee, danke.«

»Stift kann man immer gebrauchen.«

Stummes Abwinken.

Stummes Zugreifen.

Im Vorbeigehen ein: »Na, dann gib mal.«

»Ich bin allergisch«, sagt eine Frau.

»Wogegen genau?«

»Lassen Sie mich in Ruhe! Oder ich ruf die Polizei.«

An dieser Stelle, unmittelbar vor der Landtagswahl im Saarland, bleibt diese Geschichte für einen Moment stehen, friert Kia Kirchen zu einem tapfer lächelnden Standbild auf dem Marktplatz von Saarlouis ein, weil wir den Blick kurz in die Vereinigten Staaten richten müssen. Dort veröffentlichten die Politologen Shanto Iyengar und Sean Westwood, Forscher an den Universitäten Stanford und Princeton, eine aufsehenerregende Studie. Titel: Fear and Loathing across Party Lines, grob übersetzt »Furcht und Abscheu zwischen den Parteien«. Die Politologen hatten US-Bürger gebeten, sich vorzustellen, sie dürften zwischen zwei Kandidaten für einen Job, für einen Posten an einer Hochschule, für eine Ehrung wählen. Nach objektiven Kriterien waren die Fantasiekandidaten gleichwertig, sie unterschieden sich aber nach Hautfarbe, Geschlecht, Religion und Parteizugehörigkeit. In den allermeisten Fällen entschieden sich die Probanden für den Kandidaten, der ihre politischen Ansichten teilte.

Für Iyengar und Westwood bedeutet das nicht, dass Ressentiments hinsichtlich Hautfarbe, Religion und Geschlecht der Vergangenheit angehören. Aber nun sei eine ideologische Polarisierung hinzugekommen, die offenbar stärker ist als alle anderen Vorurteile. Die Amerikaner, schlossen die Forscher, müssten künftig mit mehr Hetze, mehr Polemik, mehr blockierter Regierungsgewalt rechnen. Kurz darauf wurde Donald Trump zum Präsidenten gewählt.

Bei der Wahlkampfsszene in Saarlouis ist bei genauerem Hinsehen Gegenteiliges zu beobachten: Wenn die Passanten auf dem Marktplatz mit dem Imker unbefangen über Honig reden, auf Kia Kirchen aber reagieren, als sei Politik Belästigung, ist die Kluft zwischen Werbern und Umworbenen womöglich tief. Aber nicht zwischen den Parteien selbst, die am Rande des Trubels konkurrieren und doch wie Schicksalsgenossen Seite an Seite stehen. Die Leute kennen sich aus Hunderten Stadtratssitzungen. Im Wahlkampf, an Schlechtwetterwochenenden, helfen sie sich schon mal mit Taschentüchern, Halsbonbons und Regenschirmen aus. Als sich ein Kind über einen Kugelschreiber freut, zeigt Kia Kirchen zu den Schirmen der anderen Parteien und sagt: »Da kriegste noch welche in anderen Farben.«

So wahlkämpft sich Kia Kirchen durch den Tag: eine Jura-Studentin, die nach dem Abitur als Au-pair bei einer südafrikanischen Familie in London arbeitete und dann ein Freiwilliges Soziales Jahr bei den Rettungssanitätern machte, die als Mädchen als Babysitterin beim heutigen Spitzenkandidaten der Grünen jobbte und denselben Klavierlehrer hatte wie der Sohn von Heiko Maas. Das Saarland ist klein, man kann sich hier nicht verlieren wie in Amerika. Kia Kirchen benutzt keine Plastiktüten und ist für die Homo-Ehe, in der CDU ist sie wegen Merkels Flüchtlingspolitik und weil die Schüler Union in Saarlouis einst ein Jugendtaxi erkämpfte, das Teenager wie sie von Partys nach Hause fuhr. »Großes beginnt meistens im Kleinen«, sagt Kia Kirchen.

Zur deutschen Meckerkultur gehört es, an dieser Stelle Beliebigkeit zu beklagen. Kia Kirchen, CDU, und Nico Brachtel, der junge Linke aus Sachsen, sind sich in ihrer Zustimmung zu Merkels Flüchtlingspolitik einig. Nina Schilling, FDP Wedel, und Christopher Lauer, SPD Berlin, sehen aus, als würden sie ihre Kleidungsstücke im gleichen Großstadtladen kaufen – völlig anders als vor 40 Jahren, als man politische

# ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Gesinnung noch am Outfit erkennen konnte, sich Schulklassen in Popper und Punks teilten, einige ihr erstes Auto wuschen und andere Mercedes-Sterne von Motorhauben brachen.

Die Wiederentdeckung der Parteien geht mit einer endgültigen Vermischung aller Milieus einher. Manchmal ist das komisch. Wenn die Grünen eine Broschüre mit dem Titel Unsere Frauenquote richtig anwenden nachdrucken müssen, weil sie es zwar toll finden, dass junge Männer in die Partei eintreten, aber nicht so toll, wenn die zum Mansplaining, dem männlichen Monologisieren, neigen. Oder wenn Vorsitzende von CDU-Ortsvereinen erzählen, dass während der Sitzungen mehr Mango-Lassi als Bier bestellt wird und die Grünkohl-Kassler-Tradition gefährdet ist, weil jetzt auch viele Vegetarier mit am Tisch sitzen.

All das klingt nicht so, als zersetze sich das politische System selbst, von innen heraus, wie in den Vereinigten Staaten.

In Deutschland sind politische Bewegungen meistens aus rebellischem Drang heraus entstanden, aus einem Dagegen. Gegen Ausbeutung der Arbeiter. Gegen den Muff von tausend Jahren unter den Talaren. Gegen Atomkraft. Gegen den Euro. Gegen Flüchtlinge.

Das ist jetzt anders. Wie grundlegend anders, ist an einem Märzsonntag im Rathaus von Norderstedt, Schleswig-Holstein, zu betrachten – vor der Tür zu Sitzungssaal K 130. Auf dem Flur stehen zwölf Frauen und Männer, Mitglieder der Grünen. Auf ihren Pullovern kleben Namensschilder: Ulrike, Rolf, Benjamin, Jan, Malte, Georg, Cindy. Cindy Beers ist 20 und neu dabei. Ihre Begründung: »Ich möchte mich für Demokratie und Menschenrechte, Emanzipation und Hilfsbereitschaft einsetzen – Werte, die selbstverständlich sein sollten, aber plötzlich verteidigt werden müssen.«

In den Zentralen aller Parteien denken Strategen gerade über eine Frage nach: Wie können die Hinzugewonnenen gehalten werden? Längst gibt es Geschichten von Neugierigen, die einmal zu einem Parteiabend kamen – und dann nie wieder. Von Enttäuschten, die zwei Wochen nach ihrem Eintritt wieder austraten, weil die Altvorderen in den Ortsvereinen grimmig ihr jahrelang ersessenes Machtgefüge

# ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

verteidigten. Also werden überall Kommunikations-Bypässe gelegt, vorbei an den alten Strukturen: Urwahl von Spitzenkandidaten, Online-Foren, Teilnahme an Parteitag auch für Nichtdelegierte.

Das größte Beschäftigungsprogramm für die Neumitglieder aller Parteien werden 2017 aber die Wahlen sein. Deshalb stehen im Norderstedter Rathaus Ulrike, Rolf, Cindy und die anderen vor Saal K 130. In Rollenspielen üben sie Haustürwahlkampf, der gegenüber allen anderen Wahlkampfformen einen Vorteil hat: Die Leute können nicht weglaufen.

Ulrike, Rolf, Cindy und die anderen klopfen, die Tür geht auf, durch den Spalt lugt skeptisch ein studierter Opernsänger, jetzt Wahlkampfcoach im Auftrag von GreenCampus, einer Weiterbildungsakademie der Heinrich-Böll-Stiftung.

»Wussten Sie, dass am 7. Mai Landtagswahl ist?«, fragt Rolf. »Und wissen Sie schon, wen Sie wählen?«

Der Trainer unterbricht. Das sei ja eher ein Verhör als eine Einladung, sagt er. Und Fragen? Riskant! »Auf Fragen kann euer Gegenüber mit Nein antworten.«

Den ganzen Tag lang spielt sich im Rathaus eine Art Dekonstruktion ab. Am Morgen hatte der Coach die Teilnehmer aufgefordert, zu erklären, warum sie bei den Grünen seien – innerhalb von zwei Minuten. Cindy Beers hastete ein »Natur ... Gerechtigkeit ... Gleichheit der Geschlechter ... letzte Chance, das Zwei-Grad-Ziel zu erreichen«-Statement runter, das mit »... rechten Bewegungen, von denen ich dachte, dass wir sie hinter uns haben« endete. Im nächsten Versuch gab der Trainer ihr noch eine Minute Zeit, dann dreißig Sekunden, schließlich zehn. Der Coach riet ihr, nicht in Relativsätzen und nicht von »erneuerbaren Energien« zu sprechen, sondern »wenn überhaupt, von Energie aus Sonne, Wind und Wasser. Dann gehen im Hirn die Spiegelneuronen an! Jeder weiß, wie sich Sonne, Wind und Wasser anfühlen.«

Über Stunden schlug er alles Überflüssige von den Sätzen, stellte sich selbst vor die Tür und rief mit seinem Opernsänger-Timbre: »Dingdong ... Guten Tag! Am 7. Mai ist Landtagswahl. ... Das ist euer erster Satz. Eine Wahrheit! Kann keiner was gegen einwenden. Dann reicht ihr den Flyer rüber, sagt: Und das ist Monika Heinold, Ihre Spitzenkandidatin von den Grünen. ... Und Abgang.«

# ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

»Guten Tag! Am 7. Mai ist Landtagswahl. Und das ist Monika Heinold, Ihre Spitzenkandidatin von den Grünen.« Inhaltsleer, aber erfolgversprechend. Marketing statt Moral. Und das bei den Grünen, der Partei der Flügelkämpfe und Verbalattacken. Alle im Rathaus lassen sich auf die kargen Sätze ein.

Denn die neueste politische Bewegung ist pragmatisch, sachlich. Und staatstragend fast bis zur Selbstverleugnung – woraus wiederum für den Staat eine Verpflichtung erwächst. »Die politischen Parteien müssen die demokratische Auseinandersetzung wieder ernster nehmen«, so sagt es Claudia Roth, und damit ist diese Reise in die Politik ganz nah an deren Zentrum angelangt: Jakob-Kaiser-Haus, vierter Stock, Büro der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages. Draußen, hinter bodentiefen Fenstern, das Reichstagsgebäude. Drinnen, am Kopf eines Besprechungstischs, Claudia Roth, Ur-Grüne, schwarzer Mantel mit pink abgesetztem Kragen, im blonden Haar rosa Strähnen, grüner Schal, goldener Nagellack.

Claudia Roth hat sechs Mails ausgedruckt, dreimal alter Hass der letzten Jahre, dreimal neue Wertschätzung.

»Hoffentlich machen die lieben Nafris bei Dir mal klai klai und ficki ficki.«

»Ihr grünen Drecksviecher, Kinderficker und Drogenjunkies.«

»Wir jagen dich. Wir kriegen dich. WIR BRINGEN DICH ZUR STRECKE.«

»Vielen Dank für Ihre Stärke.«

»Für Ihren Kampf für eine gerechte Demokratie zolle ich Ihnen meinen größten Respekt.«

»Sie sind nie meine Grüne gewesen, zu laut, zu schrill, zu bunt. Doch jetzt ist es genau dieses laute, schrille, bunte Deutschland, das mein Deutschland ist und das ich obsiegen sehen möchte gegen die braune Gefahr.«

Wie so oft, wenn Roth redet, geht angesichts dieser Zuschriften ein Wortgewitter nieder – es gilt den Politikern in Berlin. Wenn an der Basis wieder Leben in die Parteien komme, dürfe das Parlament nicht leblos sein, sagt Roth. »Wir haben zu lange das Vorurteil bestätigt: Im Bundestag steht alles vorher fest.« Sie ärgert sich, wenn Abgeordnete in Talkshows glänzen und in Debatten gähnen. Über »demonstrative

Missachtung und ritualisierte Wurschtigkeit: Tritt ein Oppositionspolitiker ans Pult, schlendert die Hälfte der Regierungsfraktionen raus, oder andersherum. Viele Abgeordnete kommen auch erst fünf Minuten vor einer Abstimmung ins Plenum oder fingern andauernd auf ihren Tablets rum. Das kriegen die Leute draußen natürlich mit!«

Roth sagt, als Vizepräsidentin schreite sie eher ein als früher, ermahne und rüge »wie ein Schiedsrichter, der eine Gelbe Karte zeigt«. Es gebe auch Überlegungen, die Debatten »dramaturgisch aufzuwerten, zum Beispiel direkte Gegenreden von den Plätzen zuzulassen«. Aber, »ach ...«, Claudia Roth würde sich schon freuen, »wenn nicht jeder Antrag, nur weil er von der anderen Seite kommt, per se abgelehnt wird«. Das sei das Mindeste im Frühjahr 2017, in dem sich Volk und Volksvertreter wieder aufeinander zubewegen und Stella Doerner, 51, soeben Platz genommen hat an Tisch 0409 in einem dröhnenden Bierzelt in Vilshofen, Bayern, und gegen das Humptata einer Blaskapelle anschreit: »Mein erstes Mal!«

Stella Doerner trat der SPD Anfang des Jahres im eigenen Schlafzimmer bei, zu Hause in München. Ihre beiden Söhne waren schon hinter ihren Türen verschwunden, der Mann war irgendwo im Haus beschäftigt, da nahm sie im Bett ihr Handy, scrollte noch einmal durch die Nachrichten, den ganzen Weltwahnsinn, dachte an ihre Jugend, an 1983, als sie im Bonner Hofgarten gegen die Nachrüstung demonstrierte, ehe der Alltag aus Arbeit und Elternschaft sie gefangen nahm. Nun war die Politik mit Wucht in ihr Leben zurückgekehrt, beschäftigte sie noch beim Schlafengehen. Stella Doerner suchte die Website der Sozialdemokraten, füllte dort Feld für Feld mit ihrem Namen, ihrer Anschrift, ihrem Monatseinkommen aus und klickte auf einen roten Knopf.

»Am nächsten Morgen war die Bestätigung da, als hätt ich nur was im Internet bestellt.«

Ihre Entscheidung hat sie ins Festzelt von Vilshofen katapultiert, es ist Politischer Aschermittwoch, durch einen Klatschkorridor marschiert Martin Schulz ein, der Kanzlerkandidat der Partei, die jetzt ihre ist. Frühmorgens ist Stella Doerner in einem Bus voller Genossinnen und Genossen am Münchner Hauptbahnhof losgefahren. Sie hat einen Tag Urlaub genommen und ihrem Chef nicht gesagt,

warum. Als sei der Besuch einer politischen Veranstaltung schambehafteter als ein Arzttermin.

Vorn donnert Schulz los, »ein überwältigender Anblick von hier oben«, dann redet er über Trump, Europa und die Rechtspopulisten. Vom Kandidaten sieht Stella Doerner meist nur die glänzende Glatze. Sie stellt sich auf Zehenspitzen, eine zierliche, etwas schüchterne Frau in weißen Turnschuhen. Einer von 5000 Menschen im Zelt. Eines von aktuell 1,2 Millionen Mitgliedern einer deutschen Partei. Teil einer Bewegung, die sich auf etwas Bewährtes beruft. Von der niemand sagen kann, wie lange sie trägt, weil es so etwas in der Bundesrepublik noch nie gab: Neues, das sich auf Altes stützt. Auf die Erkenntnis, dass politisches Denken Orte und Organisationen braucht, um zu politischem Handeln zu werden. Dass Politik rein virtuell nicht funktioniert, weil ein virtuelles Gefühl zwar erzeugt und gepflegt werden kann, sich aber auch wieder verflüchtigt, mit einer Wahlentscheidung, einem zustimmenden Klick bei einer Online-Petition oder einfach so, folgenlos.

Im Bierzelt von Vilshofen haben Jubel-Jusos in den Blickachsen der Fernsehkameras Position bezogen; junge Leute mit roten Fahnen, roten Jetzt ist Schulz- Wedelpappen und rot getönten Sonnenbrillen. Mit dem Rücken zum Redner macht auch Stella Doerner ein Selfie von sich und ruft: »Ich fürchte, es ist mir nicht gelungen.« Auf dem Bild ist sie nur halb zu sehen. Genau das ist passend. Denn Stella Doerner wirkt halb begeistert und halb befremdet von der Inszenierung um sie herum, dem einzigen Augenblick dieser Reise, an dem die Politik tagesschausichtbar wird – und Stella Doerner wieder in die Rolle der Zuschauerin gerät, die sie nicht mehr sein mochte. Sie ist kaum zu hören im Kundgebungslärm, aber so viel ist doch zu verstehen: Zurück in München, will sie im Parteibüro fragen, worum sie sich in ihrem Viertel kümmern kann.

\*\*\*

## HINTER DER GESCHICHTE

Ausgangsfrage: Was motiviert Tausende Menschen, sich plötzlich in einer Partei zu engagieren? Recherche: Der Autor (selbst kein Mitglied einer Partei) schrieb CDU,

# Reporter**FORUM**

[www.reporter-forum.de](http://www.reporter-forum.de)

SPD, FDP, Grüne, Linke und AfD an, fragte nach Kontakten, Veranstaltungsterminen oder aktuellen Mitgliederzahlen. Bis auf die AfD reagierten alle.